



**JUNGES
EUROPA**

Einer für alle oder alle allein - Europäische Solidarität in der Krise?

Zoom-Interview mit Dr. Guntram Wolff zum Thema „Herausforderung Finanzkrise 2008“

Von der Finanzkrise bis zur Corona-Pandemie: Die EU musste aus finanzpolitischer Sicht nicht erst 2020 neue Wege einschlagen. In unserem letzten Zoom-Interview aus der Vortragsreihe „Einer für alle oder alle allein? Europäische Solidarität in der Krise“ ging es deswegen um die „Herausforderung Finanzkrise 2008“, um anschließend einen Bogen zur momentanen Situation zu spannen. „Junges Europa e.V.“ begrüßte am Mittwoch, 12. August 2020, Herrn Dr. Guntram Wolff. Der Leiter des Brussels European and Global Economic Laboratory ist seit 2013 Direktor des international renommierten Bruegel Think-Tanks und beriet sowohl den IWF als auch die deutsche Zentralbank und die europäische Kommission als Experte in Wirtschafts- und Finanzfragen.

Zunächst ging der Moderator Manuel Steudle (Junges Europa e.V.) auf die Entstehung der Finanz- und Immobilienkrise in den USA ein. Wolff ergänzte die europäische Seite der Finanzkrise. Die Anfänge der 2000er Jahre, so Wolff, seien eine ganz außergewöhnliche Zeit gewesen, in der Makroökonomien in der ganzen Welt dachten, dass die Volatilität und damit die Finanzmarktinstabilität nur noch in der Vergangenheit existiere. Auf die Gegenwart, so glaubten führende Makroökonomien, seien diese Phänomene nicht mehr anwendbar, da die Situation nun stabil sei und das Risiko vernünftig eingeschätzt werden könne. Wolff sprach hier vor allem von dem Stichwort „The Great Moderation“. So sei die Anfangsphase des Euros von Stabilität geprägt gewesen, die durch die Finanzkrise 2008 in Frage gestellt wurde.

Wolff lieferte einige Hintergründe zu den unterschiedlichen Situationen der EU-Mitgliedsländer. So sei die Situation in Griechenland völlig anders zu bewerten gewesen als in Spanien, Irland oder Portugal. In Griechenland, führte Wolff aus, habe sich der Staatssektor enorm verschuldet und über die Verhältnisse gelebt, was zu einem unglaublichen Anstieg an Staatsausgaben geführt habe. So habe es nicht nur eine hohe Staatsverschuldung, sondern auch eine hohe externe Verschuldung gegeben. Aber, und das ist ein wichtiger Punkt, „die griechische Story ist eine atypische Story“, so Wolff. In den anderen betroffenen Ländern habe sich hingegen der Privatsektor und damit vor allem Unternehmen und Haushalte verschuldet. Das Leistungsbilanzdefizit wurde durch Banken kreditfinanziert. Als die Ökonomen anfangen, die Finanzierung in Frage zu stellen, kam es dann zur Bankenkrise. Probleme der Banken führten dann zu einer Krise im Staatssektor, weil die Staaten Bailouts für die Banken bereitgestellt hatten. 2012 habe es dann zwei entscheidende Entwicklungen gegeben, so Wolff: Die Entscheidung für die Bankenunion und die Entscheidung vom damaligen EZB-Präsidenten Mario Draghi, ein OMT-Programm aufzuerlegen.

Auf die Frage, ob man nun aus dem Niedrigzins, der aus der Finanzkrise resultierte, wieder herauskomme bzw. wie lange man diesen niedrigen Zins halten könne, konnte Wolff keine klare Antwort geben. Genau

diese Frage werde auch unter Ökonomen extrem kontrovers diskutiert. Finanzmärkte denken derzeit, dass die Zinsen noch weitere 30 Jahre so niedrig bleiben könnten. Hinzukommen natürliche Faktoren, die die Zinsen nach unten drücken: Dazu zählen eine Nachfrageschwäche sowie hohe Ersparnisse. „Wir leben tatsächlich in einer strange new world und wir Ökonomen verstehen diese Welt nicht wirklich“, die ganzen ökonomischen Modelle seien darauf nicht ausgerichtet, so Wolff. Einen Blick in die Zukunft warf der Leiter des Brussels European and Global Economic Laboratory auch. Langfristig würden die Zinsen niedrig bleiben. Damit müsse man lernen umzugehen.

Schließlich kam das Gespräch auch auf die Corona-Pandemie zu sprechen und inwiefern europäische Solidarität in der Krise in Bezug auf die Finanzmärkte stattgefunden hat. So hätten die Finanzmärkte extrem stark auf die Pandemie reagiert, haben sich allerdings genauso schnell auch wieder erholt. Dies war der Fall, weil die Regierungen sehr schnell reagiert haben. Die Prognose, dass wir in zwei Jahren wieder in der gleichen Situation wie Ende 2019 sind, sei vor allem haltbar, weil wir alle daran glauben, erklärte Wolff. So würden sich die Finanzmärkte als erstes erholen, wohingegen die Politik die Auswirkungen dieser Pandemie noch spüren werde.

Eine Frage aus dem Publikum thematisierte die deutsche Finanzpolitik, die bisher immer auf die schwarze Null fixiert war und diese aufgrund der Corona-Pandemie über den Haufen geworfen wurde. Es stellte sich die Frage, ob Deutschland die Schulden überhaupt wieder abbauen kann. Wolff erklärte, dass der Staatssektor bei einer solchen Krise mit einem Defizit einspringen müsse, ansonsten sei alles eingebrochen, die Arbeitslosigkeit wäre weiter gestiegen und die Situation um einiges dramatischer geworden. Die schwarze Null davor sei eine politisch getriebene Entscheidung gewesen, ökonomisch habe es dafür allerdings keinen Anhaltspunkt gegeben. „Ich halte die schwarze Null eher für ein politisch-ideologisches Projekt als ein ökonomisches“, so Wolff. Zudem könne ein Staat keine Schulden abbauen, sondern er wachse aus diesen heraus. Wolff bewertete die Handlungen der EZB positiv. Die Bank habe schnell reagiert und so die Liquidität gewährleistet. Das sei allerdings auch notwendig gewesen.

„Junges Europa e.V.“ dankt Herrn Dr. Guntram Wolff für den spannenden Vortrag und allen ZuhörerInnen für die Teilnahme in dieser besonderen virtuellen Themenreihe. Auch für unseren Verein war Zoom eine neue Art der Kommunikation. Wir freuen uns auf das nächste Semester – egal ob vor Ort oder wieder als Zoom-Sitzung.

Von Anna-Leandra Fischer